

Solireisebericht 2019 „Gegen Spardiktate und Nationalismus!“ Teil II

Samstagabend, 28.9.

Menidi

"Menidi? Ihr wart in Menidi? Das ist ein schlechtes Viertel! Hier auf dem Platz ist alles Menidi!" Das war die Reaktion der jungen Frau hinter dem Pizzatresen an unserem Hotel, als ich ihr erzählte, wo wir am Abend gewesen waren. Sie meinte die Drogendealer auf dem Exarchia-Platz vor unserem Hotel. Sie kennt Menidi gut, sie kommt aus einem angrenzenden Viertel und konnte es nicht fassen, dass wir ausgerechnet in Menidi waren.

Also kein touristischer Hotspot, in den wir mit den Autos von Dinos und Elias gefahren waren, etwa eine halbe Stunde über die Autobahn im Nordwesten von Athen, wo die ärmeren und heruntergekommenen Stadtteile liegen. Menidi ist eine Stadt von etwa 130 000 Einwohnern, überwiegend Kleingewerbe mit schlecht bezahlten Jobs und hoher, z.T. versteckter Arbeitslosigkeit. Und es ist der Hauptdrogenumschlagplatz von Athen.

Wir waren eingeladen im Stadtteilzentrum "Antivaro" (Gegengewicht), das 1916 von linken, jungen Leuten aus dem Stadtteil gegründet worden war. Sie hatten ein altes Haus gemietet, es in Stand gesetzt und daraus ein Nachbarschaftszentrum gemacht. Anfangs waren sie etwa 40, jetzt sind sie noch um die 20 Aktive, von denen mehr als die Hälfte gekommen waren. Sie hatten eine Präsentation vorbereitet, in der sie uns anhand ihrer selbst gemachten etwa 80 Plakate ihre Aktivitäten der letzten Jahre vorstellten.

Ihre Satzung legt ihre Ziele fest: soziale, kulturelle, politische Aktionen auf einem antifaschistischen, antirassistischen Grundkonsens. Schon 14 Tage nach Eröffnung gab es einen Brandanschlag von Nazis aus dem Stadtteil.

Wir waren total beeindruckt von der Vielfalt ihrer Aktivitäten. Sie reichen über Nachhilfe für SchülerInnen vor dem Schulabschluss, über eine Kampagne zur besseren Verkehrsanbindung an die Stadt, über Vorträge, Filme, Musikveranstaltungen und Feste, zu denen bis zu 150 Menschen kommen und über die sie sich finanzieren. Sie haben zwei Klassenräume, eine Leihbibliothek, eine solidarische Küche. Eine Grafikerin gestaltet ihre wunderbaren Plakate. Viermal haben sie bisher kleine Broschüren in 1200er Auflage an den Schulen verteilt mit dem Titel: "Außerhalb des Stoffs", in denen sie u.a. über die Geschichte des Stadtteils informieren. 1200 Broschüren zu verteilen ist ein ganz schön aufwändiges Unterfangen...

Sie hatten ein Souvlaki-Essen vorbereitet und wir saßen noch lange mit ihnen zusammen. Wir erfuhren dann noch einiges über die Schwierigkeiten ihrer Arbeit, z.B. über die Unmöglichkeit, einen Kontakt zu der großen Roma-Gemeinde herzustellen, die sich total abschottet. Besonders deprimierend fand ich, dass von den Eltern der SchülerInnen, denen sie kostenlos Nachhilfe erteilen, sich niemand im Zentrum mal sehen ließ. Ein schwieriges Feld und trotzdem waren sie guten Mutes.

Wir übergaben eine Spende von 250 Euro.

(Manfred)

29. September 2019

Besuch im Stadtteilzentrum Labidona in Vyronas, Athen

Auf einer kleinen Anhöhe in einem Kiefernparkchen mitten im Stadtteil Vyronas liegt das selbstverwaltete Zentrum Labidona. Der Stadtteil ist nicht nur nach dem englischen Lord Byron benannt, der sich im 19. Jahrhundert für die Befreiung Griechenlands einsetzte, sondern hat auch in neuerer Zeit historische Bezüge: Hier kamen die Flüchtlinge 1922 aus Smyrna an; und hier war 1945 der letzte Standort der Guerilla-Armee E.L.A.S. vor ihrer Flucht in die Berge.

Das Stadtteilzentrum ist von einer Terrasse umgeben, die mit Gartenmöbeln zum Verweilen einlädt. Drinnen werden an einer Theke Getränke für 1€ verkauft; Leitungswasser gibt es drinnen und draußen umsonst. Der große Raum bietet Platz für gut 40 Personen, am Ende des Raumes ist eine kleine Bibliothek, die aus Spenden und Erbschaften gespeist wird (so ist auch die Anwesenheit von Büchern von David Irving zu erklären...).

Hinter dem Sitzungsraum ist eine Küche, in der für mehrere Dutzend Menschen gekocht werden kann. (Leider „verschwindet“ laufend eine Menge an Geschirr, Kochwerkzeug und Besteck.)

Die Geschichte der Labidona reicht ins Jahr 2008 zurück, als viele Protestaktionen in den Straßen stattfanden und sich große Teile der Bevölkerung, speziell der Jugend, radikalisierten. Dabei wurde ein Gebäude im Stadtzentrum besetzt; es entstand die Idee, einen festeren Anlaufpunkt einzurichten.

Im April 2011 wurde die Diskussion eröffnet, ein festes Zentrum im Stadtteil Vyronas einzurichten. Es sollte dem Austausch von Ideen und der Kommunikation dienen und einen Raum für Kontakte im Alltag bilden. Das Zentrum sollte unabhängig sein und Ausgangspunkt für eine Zivilgesellschaft auf der Basis von Freiheit, Solidarität und Menschenwürde.

Die Reaktionen im Stadtteil waren überwiegend positiv; örtliche linke und linksradikale Gruppen sowie Anarchisten unterstützten die Idee. Die Kommunistische Partei (KKE) hielt sich auf Distanz. Der Bürgermeister und seine konservative Fraktion waren gegen ein solches Zentrum und bereiteten sich auf die Auseinandersetzung vor.

In den ersten Wochen nach der Besetzung des Gebäudes ging es hin und her: gelegentlich kam die Polizei; im Stadtteil fanden Protestaktionen zur Unterstützung des Zentrums statt. Nach einigen Monaten Waffenstillstand versuchte der Bürgermeister, im Zuge einer Privatisierung von drei Parks auch das Gelände von Labidona unter seine Kontrolle zu bringen; wurde aber daran von der Bürgerbewegung gegen Privatisierung gehindert. Auch der Versuch, eine extrem rechte Gruppierung (Unterstützer der Junta) im Gebäude ein Meeting abhalten zu lassen, wurde gestoppt; die Stadtverwaltung musste sich mit der Existenz des Zentrums abfinden.

Mit den Wahlen von 2014 kaum erneut eine rechte Regierung in Byronas unter Gogos ans Ruder, die die Existenz von Labidona zum Problem Nummer 1 erklärte. Der inzwischen gegründete Verein S.C.C.B. bleibt in den Wahlen neutral und bereitet sich auf die Auseinandersetzungen vor; Gogos verliert die Wahl. Soweit zur Geschichte.

Das soziokulturelle Zentrum von Byron ist heute offen für Bürger_innen, Organisationen und Kollektive in Vyronas und der Nachbarschaft. Es ist offen für Arbeiter und Erwerbslose, Schüler und Studierende, Alt und Jung, für kulturelle und Umweltgruppen. Es zielt darauf ab, Kreativität und die Wünsche und Bedürfnisse der lokalen Gemeinschaft zu beherbergen, in einem offenen und öffentlichen Raum, der unabhängig von Profitinteresse besteht.

Die Prinzipien des Zentrums sind: Gleichheit, Freiheit, Selbstorganisation, Gerechtigkeit, Solidarität, Würde.

Entscheidungen werden in einer Vollversammlung getroffen; die drei Unterstrukturen sind die traditionelle Volkstanzgruppe, die solidarische Küchengruppe, die Tai-Chi-Gruppe.

Inzwischen werden eine Vielzahl von Aktivitäten angeboten: Weiterbildung (Englisch, Italienisch, Spanisch, Griechisch, Russisch, Philosophie), Tanz und Gymnastik und andere Aktivitäten (Kino, Kreatives Schreiben, Gitarrenkurse, Kreativität für Kinder, Kochen).

Das Zentrum sieht sich als Teil der Gesellschaft und will flexibel auf Bedürfnisse eingehen; die Vollversammlung besteht aus Arbeitenden, Studierenden, Erwerbslosen, Migrant_innen, Obdachlosen. Rassistisches, faschistisches und sexistisches Verhalten wird nicht akzeptiert.

Die anderen sozialen Initiativen, mit denen das Zentrum kooperiert, sind die Soziale Pharmazie, das Soziale Konservatorium, das Solidarische Netzwerk, die Bürger von Vyronas.

In Zusammenarbeit mit all diesen Initiativen wurden bereits mehrere Musikfestivals organisiert, teils mit Dutzenden von Jazzgitarristen in der Nachfolge von Django Reinhard und mehreren tausend Gästen.

Kurzfristig besteht der Plan, die Erfahrungen aufzuschreiben und nachvollziehbar zu machen; auf mittlere Sicht soll verstärkt mit lokalen Künstlern zusammengearbeitet werden; langfristig wollen sich die Initiativen über den Ort des Zentrums hinaus verstärkt im Stadtteil verankern.

Die Diskussion unserer Reisegruppe im gut besuchten Saal des Zentrums war interessant und offen – der Teilnehmende, für den mit dem Tod von Stalin die Arbeiterbewegung entscheidend geschwächt war, bildete die Ausnahme – er nimmt sonst nicht am Vereinsleben teil und war nur zu diesem Zwecke aufgetaucht. Interessiert waren die griechischen Teilnehmenden daran, wie wir die Erstarkung der Rechten in Deutschland einschätzen, an unseren Positionen zur deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik und zur Flüchtlingspolitik. Nach lebhaften Gesprächen wurden wir zum Essen eingeladen, danach zum Singen aufgefordert.

Das Zentrum ist gegenüber allen Strömungen der Linken aufgeschlossen – allerdings lehnt es den Hegemonie-Anspruch der KKE ab. Gewerkschaften kommen nicht vor: sie werden nicht als Interessenvertretung der Beschäftigten wahrgenommen, spielen auch in der Stadtteilarbeit keine Rolle.

(Doro)

Donnerstag, 10.10.

Stadtteilinitiative Nea Filadelfia

Ich treffe mich mit Maria. Sie ist Mitglied der Stadtteilinitiative von Nea Philadelfia. Vor zwei Jahren hatten wir diese Initiative besucht. Wir waren erschüttert über die Brutalität, mit der hier Politik gegen die Interessen der Bevölkerung gemacht wird.

Jetzt will ich wissen, wie es in Nea Filadelfia weiter gegangen ist.

Maria erzählt, es gab inzwischen Gemeinderatswahlen. Der neue Bürgermeister ist eine Person, die verbunden ist mit der Fußballmafia. (Im Reisebericht von 2017 hatten wir berichtet, wie hier mit Hilfe von Geld und Gewalt der Bau eines Fußballstadions und einer Shopping Mall durchgesetzt wurde.) Der Bürgermeister ist ein berühmter Schauspieler mit viel Geld hinter sich.

Der Bau des Fußballplatzes wurde mittlerweile begonnen. Noch ist der Wald bei dem Baugelände vorhanden. Jeder, der Athen kennt, weiß, wie wichtig jeder grüne Fleck für die Bevölkerung ist. Der Wald gehört zum großen Teil dem Staat. Es gibt momentan keinen Weg, den Wald zu schützen, denn mit den Memoranden hat sich der griechische Staat verpflichtet, seinen Besitz zu privatisieren.

Wie steht die Bevölkerung von Nea Filadelfia zu dem Projekt?

Ein großer Teil glaubt der offiziellen Propaganda, es würden neue Arbeitsplätze geschaffen. Auch wenn diese Arbeit unterbezahlt sei, so sei sie doch besser als nichts.

Ein anderer kleinerer Teil der Bevölkerung ist unzufrieden, fühlt sich aber nicht in der Lage, sich zu erheben. Auch Maria bestätigt, was wir immer wieder hörten: Nach dem Umfallen von Syriza 2015 hat eine allgemeine Apathie um sich gegriffen.

Nea Philadelfia ist ein Sammelplatz von rechten Hooligans, von denen gewaltsame Attacken ausgehen. Der Mehrheit gefällt das nicht, aber die Leute halten still.

Die Ursachen des Gefühls der Ohnmacht reichten tief bis in die frühkindliche Erziehung und das Schulsystem. Die Schüler lernten nicht selbstständig zu lernen.

Wie geht es nun mit der Stadtteilinitiative weiter?

Vor zwei Jahren hatte sie keinen eigenen Raum. Inzwischen hat die Sozialklinik einen Raum abgegeben. Diese hat wieder mehr Arbeit, weil die neue rechte Regierung den Zugang der Flüchtlinge zur Gesundheitsversorgung abgeschnitten hat.

Leider wird die Gruppe schwächer, eine allgemeine Müdigkeit greift um sich. Auf der Mail-Liste der Gruppe sind 40 bis 45 Leute, von denen zu den wöchentlichen Treffen acht bis 15 Leute kommen.

Die Gruppe will demnächst eine Kundgebung organisieren, die sich gegen die Überbauung eines Flusses richtet.

(Angela)

Fyteies, Zentralgriechenland

Treffen am 07.10.2019 mit der Initiative gegen eine neue Müllverbrennungsanlage

Auf der Rückfahrt von Ioannina sind wir – aufgrund einer Initiative von Dino- in das Dorf Fyteies gefahren. Nachmittags trafen wir uns dort mit ungefähr 8 Bürger*innen in einem Café, um von ihnen über die neu geplante Müllverbrennungsanlage informiert zu werden. Es konnte eine lokale Bewegung gegen die Müllverbrennungsanlage aufgebaut werden, andere Dörfer schlossen sich an.

Über das Dorf

Fyteies ist ein Dorf in Westgriechenland. Seit der Kommunalreform 2011 gehört es zur Gemeinde Xiromero.

Das Dorf Fyteies entstand vor ca. 150 Jahren also 1880. 1912 entstand dort eine Schule – die älteste Schule der Region. Bis vor einigen Jahrzehnten gab es ein wirtschaftlich großes Wachstum des Dorfes durch den Tabakanbau. In den letzten 50 Jahren gab es viele kulturelle und sportliche Aktionen – ungewöhnlich viele Aktivitäten für ein Dorf mit seiner „Kleinheit“ (ca. 3500 Einwohner*innen).

1970 hatte die Schule des Dorfes 316 Schüler*innen, jetzt sind es nur noch 69. Es gab eine starke Landflucht, da wegen einer EU-Verordnung der Tabakanbau eingestellt werden musste und somit der Anbau in den Osten verlagert wurde (Bulgarien u.a.), dort sind die Arbeitskräfte zudem wesentlich günstiger. In der Region gab es schon länger eine Landflucht, in das Dorf jedoch sind bis vor 20 Jahren immer noch Leute hinzugezogen wegen des Tabakanbaus, nun verlassen die Leute das Dorf.

Generell laugt Tabakanbau den Boden aus. Die Gemeindebauern/-bäuerinnen haben jedoch schon immer Wechsellandwirtschaft betrieben, so dass der Boden sich zwischendurch wieder erholen konnte. Seit 2000 gibt es nun so gut wie keinen Tabakanbau mehr. Geblieben sind einige wenige besondere Sorten, die jedoch kaum wirtschaftlich bedeutsam sind.

Vor drei Jahren wurde zum ersten Mal öffentlich, dass um das Dorf eine Müllverbrennungsanlage entstehen soll. Der Standort ist deshalb ideal für Konzerne, da hier eine sehr gute verkehrstechnische Infrastruktur herrscht (Autobahn und Hafen). Zudem ist die Bevölkerung im politischen Widerstand nicht geschult.

Müllverbrennungsanlage

Relativ klar ist mittlerweile: Es soll drei Müllverbrennungsanlagen geben, eine von ihnen nur 500 m vom Dorf entfernt. Erst war die Bevölkerung einverstanden, auch wegen dem Hoffen auf Arbeitsplätze. Jedoch kamen mehr und mehr Informationen zusammen, u.a. dass es sehr leicht ist, die Genehmigung von einer Form der Verbrennung in eine andere umzuwandeln. Daraufhin herrschte immer größere Angst vor den Anlagen und der Verschmutzung.

Falls eine Anlage ein Megawatt nicht überschreitet, gibt es kaum Umweltauflagen und somit muss auch kaum etwas genehmigt werden. Privatunternehmen haben deswegen drei eigene Anträge auf Genehmigung gestellt, die jeweils unter einem Megawatt liegen. Diese Unternehmen sind nicht an die Bevölkerung gegangen, um sie zu informieren (wie immer das ausgesehen hätte...). Zudem ist noch völlig unklar, wie die Anlagen genau funktionieren. Es gibt begründete Befürchtungen, dass das Verbrennen von flüssigem Müll geplant ist. Zu der Gefährlichkeit dieses speziellen Verfahrens gibt es noch wenig Informationen.

Zudem soll nicht der regionale Müll verbrannt werden, sondern Müll aus ganz Europa und Afrika.

Sorgen:

1. Landwirtschaft und Viehzucht werden durch Umweltbelastung zerstört.
2. Ein großes regionales Naturschutzgebiet wird belastet.
3. Wenn die umliegenden Seen kontaminiert werden, wird auch das Grundwasser belastet. Es gibt im geringen Maße Fischerei, auch die wird stark belastet werden.
4. Luftverschmutzung.

Zudem werden in der Region kaum Arbeitsplätze vergeben, da Arbeitskräfte mitgebracht werden.

Widerstand

Die Art und Weise, wie das Projekt durchgesetzt wurde, hat viele stutzig gemacht. Zunächst stimmte die Mehrheit des Umweltausschusses im Regionalparlament dem Projekt zu. Eine kritische Gruppe des Umweltausschusses leistete jedoch Aufklärungsarbeit in den Dörfern.

So stimmten bei der zweiten Abstimmung alle mit „nein“.

Das ist zwar ein Sieg für die lokale Bevölkerung, aber letztlich entscheidet die Regierung.

Es wird nicht leicht sein, das Projekt zum Kippen zu bringen.

Der anwesende Regionalpolitiker, ein Vertreter des Umweltausschusses, freut sich sehr uns zu treffen. Er glaubt überhaupt nicht an die offizielle Politik, sondern ausschließlich der Bevölkerung und den Initiativen. Er freut sich, dass wir ähnlich misstrauisch der Regierung gegenüberstehen und dass wir hier sind und über das Projekt in Deutschland berichten werden. Die Leute würden sich sehr freuen, wenn sie mehr Informationen über das Verbrennen von flüssigem Müll bekämen! In Volos, Thessalien, z.B. werden feste Materialien verbrannt (jedoch nicht aus der Region, sondern aus Rotterdam, Italien...) Diese Verbrennung ist auch sehr umweltschädlich, jedoch fehlt es an konkreten Informationen, was es genau bedeutet, wenn flüssiger Müll verbrannt wird.

Die Region sei ökologisch sehr wertvoll. Es gebe viele ursprüngliche Seen und es existiere hier noch die „griechische Eiche“, die sonst mittlerweile fast nirgends mehr wächst.

Die Gruppe bittet uns, ihre Broschüre ins Deutsche zu übersetzen und sie zu veröffentlichen.

Falls eine*r weitere Informationen über Müllverbrennungsanlagen hat, speziell zum Verbrennen von flüssigem Material, freuen die Initiative aus Fyteies und wir uns sehr, wenn ihr mit uns Kontakt aufnehmen würdet. Wir leiten dann entsprechende Informationen, Anfragen, Unterstützungsangebote etc. sehr gerne weiter! Und beantworten Fragen, sofern wir oder die Initiative das können.

(Anja)

Montagvormittag, 30. September

Kallithea: Eine schöne Begegnung mit politisch bewussten Gewerkschafter*innen

Wir trafen uns bei der Gewerkschaft der Kommunalangestellten in Kallithea. Die Gemeinde von Kallithea hat offiziell 110.000 Einwohner. Es wird geschätzt, dass mittlerweile 250.000 Menschen dort wohnen. Die Bebauung hier zählt zu den dichtesten in Europa.

Es gab mehrere Wellen von Zuwanderung: Die erste fand nach dem „Bevölkerungsaustausch“ zwischen Griechenland und der Türkei in den 20er Jahren. Der Stadtteil war Auffangbecken nach der Vertreibung und Auswanderung der sogenannten Ponthos-Griechen (Ponthos= das Schwarze Meer), auch bei einer zweiten Welle in den 50er Jahren. Viele Menschen die vor der Militärdiktatur geflüchtet waren, kamen nach dem Ende der Diktatur zurück und landeten hier. Auch Einwanderer aus Ägypten und anderen Ländern zogen hierher.

Kallithea gilt als eine Stadt der Bewegung. Auch der Kampf gegen den Faschismus spielte hier eine große Rolle. Die Widerstandsbewegung ELAM betrieb hier während der Nazi-Besatzung ihre Druckerei. Die Gewerkschafter*innen hier sind stolz auf dieses Vermächtnis.

Die verarbeitende Industrie ist stark geschrumpft und/oder wurde verlagert. Die öffentlichen Dienstleistungen sind mit den Memoranden stark unter Druck gekommen.

Die Gewerkschaft ist strikt gegen die Privatisierung. Ihre Forderung ist: Die Dienstleistungen müssen öffentlich bleiben. Privatisierung lehnt sie komplett ab. Zwei oder drei Kollegen aus ihrer Gewerkschaft sind auch im Branchenverband bzw. im Dachverband vertreten.

Der antifaschistische Kampf im Stadtteil gehört auch zur Praxis der Gewerkschaft. Zuweilen gibt es dadurch auch Konflikte mit der Polizei und Justiz. Der Sprecher der Gewerkschaft begrüßte unsere Initiative zum internationalen Austausch.

„Nur durch solche Begegnungen erhält man ein realistisches Bild der Bedingungen im anderen Land. Die Berichterstattung in den Zeitungen und vor allem im Fernsehen richtet sich meistens nach der vorherrschenden Meinung. Negativ auf das Wissen und das Bewusstsein wirkten sich auch die Kürzungen im Bildungsbereich aus.“

Bei der folgenden Diskussion ging es vor allem um unsere Erfahrungen in Deutschland mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in den Krankenhäusern, bei der Wasserversorgung, aber auch um den Verkauf öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften und den Kampf dagegen. Besonderes Interesse galt dabei auch der Rolle, die Banken und Hedgefonds dabei spielen.

Natürlich steht im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit die Frage von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Die Lohnkürzungen in Griechenland wurden zuerst mit der Streichung von Zulagen durchgesetzt. Dazu muss man wissen, dass die Hälfte des Einkommens aus Zulagen bestand. Das Grundgehalt eines Arbeiters beträgt 780 Euro. Die Eingruppierung ist abhängig von der Qualifizierung. In der höchsten Stufe beträgt das Grundgehalt 2.400 €

Wenn die Zulagen wegfallen, bleibt kaum noch etwas zum Leben, vor allem weil die Abzüge für Steuer und Sozialversicherung vom Grundgehalt abgezogen werden. Von besonderer Bedeutung ist die Auseinandersetzung um die Streichung der Gefahrenzulage in Höhe von 150 € Die Streichung wird damit begründet, dass das europäischen Standards entspräche.

In der Diskussion über den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz kamen auch die Vorsorgeuntersuchungen am Arbeitsplatz zur Sprache. Diese sind seit 2006 vorgeschrieben. Bis heute haben sie aber erst zweimal stattgefunden.

Durch den Personalabbau wurde die Lage besonders dramatisch. In den Memoranden wurde die Kürzung öffentlicher Stellen um jährlich 10% diktiert. Die letzten zehn Einstellungen gab es 2008. Wenn Kollegen in Rente gingen wurden keine neuen Leute mehr eingestellt. Die verbliebenen sind überaltert und werden mit Überstunden und Wochenendarbeit belastet. Es kommt vor, dass an bis zu 30 Tagen im Monat gearbeitet werden muss.

Um diesen Personalmangel auszugleichen, werden Menschen aus Beschäftigungsprogrammen herangezogen. Die Syriza-Regierung hatte diese Maßnahmen, bei der Menschen bis zu acht Monaten im öffentlichen Sektor beschäftigt werden, gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit eingeführt. Diese Leute sind natürlich nicht eingearbeitet und dadurch besonders gefährdet. Oftmals gibt es nicht einmal Schutzausrüstung für sie.

Die Verträge sind als Werksverträge gestaltet. Gegen diese Scheinselbstständigkeit hat die Gewerkschaft den Beschluss gefasst, dass diese Kollegen festeingestellt werden müssen. Das ist zwar gegen das Gesetz, aber mit einer einstweiligen Verfügung konnte die Übernahme durchgesetzt werden. Auf diese Weise wurden landesweit 8500 Kollegen eingestellt. Die Einstellungen laufen jedoch über reguläre Ausschreibungen. Dabei werden Punkte nach

Qualifikationen und anderen Kriterien vergeben. Die Leute aus den Maßnahmen werden nicht automatisch übernommen, sondern erhalten bei der Bewerbung lediglich Bonuspunkte.

Im Vergleich zur Situation in Deutschland stellten wir fest, dass in beiden Ländern die Prekarisierung der Arbeit zunimmt. Auch beim Kampf gegen die Rechtsentwicklung haben wir vieles gemeinsam. Wir stehen vor großen Herausforderungen: zum einen durch die Veränderungen der Arbeitswelt durch die Digitalisierung und zum anderen durch die Zerstörung unserer Lebensgrundlage. Einen Hoffnungsschimmer für die Bundesrepublik sahen wir in den seit Monaten stattfindenden Klimaprotesten bei den Fridays-for-Future-Demonstrationen und an dem in diesem Zusammenhang stärker gewordenen kritischen Bewusstsein.

(Hans)

Dienstagabend, 1.10.

Treffen mit Vassia und Nikos, Grundschullehrergewerkschaft DOE

Robert und ich treffen uns mit den beiden, die wir schon von früheren Reisen kennen, auf dem Hoteldach. Vassia ist schwanger und gerade im Mutterschutz, der in Griechenland zwei Monate vor und drei Monate nach der Geburt dauert. Danach gibt es noch neun Monate Erziehungszeit zum normalen Gehalt, die man aber nicht gleich nehmen muss.

Sie berichten von den neuesten Plänen der Regierung. Um sie zu verstehen, ein kurzer Blick auf die Situation. Seit 2009 gibt es keine Festanstellungen mehr im Bildungswesen, nur noch Neun-Monatsverträge vom Schulbeginn im Herbst bis zum Ferienbeginn im Sommer (für 900 € im Monat). Danach gibt es drei Monate Arbeitslosengeld und dann muss man sich neu bewerben. Von insgesamt 130 000 Lehrkräften sind mittlerweile 33 000 auf diese Art beschäftigt, also ein gutes Viertel. Die offizielle Bezeichnung für diese Gruppe lautet „Vertretungslehrer“. Das ist absurd, denn sie vertreten sich ja selbst, da sie immer wieder sich neu bewerben müssen! Es gibt KollegInnen, die seit zehn Jahren an derselben Schule „Vertretungslehrer“ sind. Gleichzeitig wurden Lehrkräfte eingespart, Schulen zusammengelegt usw. Die Gewerkschaft geht von 40 000 fehlenden Lehrkräften aus.

Die (im Juni abgewählte) Syriza-Regierung trat Anfang des Jahres mit einem Plan an die Öffentlichkeit: Sie wolle 4500 Lehrkräfte für Sonderschulen und 10 000 Lehrkräfte für die allgemeinen Schulen fest einstellen. Allerdings hat der Plan einen ganz besonderen Haken: Es soll eine Liste geben mit Zusatzqualifikationen wie Fremdsprachenkenntnisse oder einen Masterabschluss, die für eine Festanstellung erforderlich sind. Also wenn man zehn Jahre mit einem Zeitvertrag in der Schule unterrichtet hat, soll diese Qualifikation nicht zählen! Diese Qualifikationsliste soll zukünftig nicht nur für Festanstellungen, sondern auch für Zeitverträge gelten. Die Qualifikationsliste soll jedes Jahr aktualisiert werden. Die Leute wissen also gar nicht genau, was nun in Zukunft gelten soll.

Besonders die Ankündigung, dass man in Zukunft einen Master brauche, löste einen Run auf die Universitäten aus. Früher brauchte man nur einen Uniabschluss, z.B. für Lehrkräfte in Kindergärten, jetzt ist es besser, einen Dokortitel zu haben! An den Unis gibt es jetzt überall

Masterklassen mit bis zu 300 StudentInnen. Die kosten natürlich, die billigsten fangen bei 1500 € an, Vassias Schwester musste 5 500 € aufbringen, die ihr die Eltern gaben. Wer kein Geld hat, hat Pech gehabt.

Das Ganze hat auch negative Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung, z.B. bei den Schulen auf den vielen griechischen Inseln. Dort ist die Lehrerversorgung eh schon prekär, jetzt mit dem neuen Gesetz wird es noch schlimmer, da sich viele sagen, ich mache lieber einen Master in Athen als auf einer Insel zu unterrichten und keine Zusatzqualifikation zu erwerben.

Gegen dieses Gesetz streikten die KollegInnen im Januar drei bis vier Tage. Trotzdem war dieses Gesetz für Syriza ein Wahlkampftrumpf, weil eben 10 000 Festeinstellungen angekündigt wurden. Die neue konservative Regierung will die Qualifikationsliste beibehalten, auch 4500 Festanstellungen im Sonderschulbereich schaffen. Von den 10 000 im allgemein bildenden Bereich spricht sie bisher nicht.

Einen zweiten wichtigen Punkt sprachen Vassia und Nikos noch an, der die Vorschule betrifft. Früher dauerte sie ein Jahr. Die Lehrerverbände forderten zwei Jahre. Die Syriza-Regierung verlängerte auf zwei Jahre, aber dafür gibt es gar nicht genug Plätze in öffentlichen Vorschulen. Also verteilte die Regierung sogenannte Voucher, mit denen man die Kinder in privaten Kindergärten bezahlen soll. Allerdings sind deren Gebühren höher als die Voucher! Also können die vermögenderen Eltern ihre Kinder auf private Kindergärten schicken, die damit staatlich subventioniert werden. Viele Bürgermeister sind daran interessiert, dass sie die Voucher verteilen. So könnten sie ihre Klientel bedienen.

Zum Unterricht selbst noch zwei Geschichten. Die Syriza-Regierung führte ein fortschrittliches Religionsbuch ein. Dagegen wurde geklagt und tatsächlich, der Oberste Gerichtshof beurteilte sie als verfassungsfeindlich!

Die neue konservative Bildungsministerin will in den Fächern Geschichte und Religion konservative Werte verankern: Geschichte soll national und Religion orthodox gelehrt werden. Auf in die Zukunft!

(Manfred)

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany: Interventionen » Wirtschaftspolitische Gegenwehr: Krisen und der alltägliche Kapitalismus » Interventionen gegen die neoliberale EU » Wir sind alle Griechen! Solidarität mit den Protesten in Griechenland » Solidaritätsreise nach Griechenland » [Unsere Solidarität ist nötiger denn je! Bitte um Spenden für die 8. Solidaritätsreise nach Griechenland \(Ende September/Anfang Oktober 2019\)](#)